

*Nein zu «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»*

## SVP: Schlag auf Schlag

Es begann mit der Ausschaffungsinitiative, der vor acht Jahren eine 52,9% Mehrheit zugestimmt hatte. Sie richtete sich gegen kriminelle Ausländer sowie ausländische «Sozialschmarotzer» (Wortschatz SVP) und verlangte den automatischen Landesverweis von Täterinnen und Täter ungeachtet der Schwere des Delikts. Noch während der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen erregte ein Grundsatzentscheid des Bundesgerichtes Aufsehen. Es wies während der Behandlung eines Falles, bei dem es sich um einen Mazedonier handelte, darauf hin, die Ausschaffungsinitiative sei innerhalb der Grenzen des Völkerrechts umzusetzen, und darum sei das Prinzip der Zwangsläufigkeit nicht anwendbar. Vorrang habe die genaue Prüfung jedes einzelnen Falls und die Berücksichtigung spezieller Verhältnisse. Empörung bei der SVP über die «Missachtung des Volkswillens», Ärger auch beim Zürcher Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt. Er schrieb, gemäss seinen eigenen Aussagen, Christoph Blocher einen Brief. Das war die Geburtsstunde der Selbstbestimmungsinitiative. Sie wurde unter Vogts Leitung entwickelt. Im März 2015 begann die Unterschriftensammlung. Nach dem Zustandekommen durchlief die Initiative das übliche Verfahren. Damit das Kind nicht so einsam aufwachsen musste, beschenkte die SVP das Volk gleichzeitig mit der unseligen Masseneinwanderungs- und anschliessend mit der Durchsetzungsinitiative.

### Fremde Richter

Die ursprünglich 18 Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention bilden noch immer das Gerüst. Sie wurde anfangs der 50-iger Jahre des vorderen Jahrhunderts im Schosse des Europarates in die Wege geleitet und realisiert. Nach ersten Unterzeichnern schlossen sich nach und nach beinahe sämtliche politisch anerkannten europäischen Staaten an, so dass die Konvention nun 47 Mitglieder zählt. Die Schweiz trat ihr erst 1974 nach Einführung des Frauenstimmrechts bei. Mit der Konvention direkt verbunden ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz in Strassburg, nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Gerichtshof, der ein Organ der EU ist. Der Strassburger Gerichtshof zählt 47 vollamtlich tätige Mitglieder, pro Land somit eine Richterin oder ein Richter. Die Zürcher Spezialistin für Völkerrecht Helen Keller vertritt die Schweiz. Sie ist von Amtes wegen an jeder Fallbearbeitung, welche die Schweiz betrifft, beteiligt.

Das sind, im Wortlaut der SVP, die fremden Richter. Ihre Entscheide haben tatsächlich für die Rechtsordnung aller Staaten eine weit reichende Bedeutung.

Was die Schweiz betrifft, so ist das ratifizierte Völkerrecht, zu dem die Menschenrechtskonvention zählt, Teil der Rechtsordnung. Der Strassburger Gerichtshof ist daher Richtschnur zu den Entscheiden des Bundesgerichts in Menschenrechtsfragen, womit der Kreis zum Fall des oben erwähnten Mazedoniers geschlossen ist.

### Die Initiative

Seit Jahren steht die SVP mit ihrer aggressiv diskriminierenden Politik mit Teilen der Menschenrechte im Clinch. So stimmten Verwerfungs-, Minarett- und Ausschaffungsinitiative mit bestimmten völkerrechtlichen Vorgaben nicht überein. Dem Parlament fiel dann die Aufgabe zu, mittels Gesetzgebung eine gewisse Menschenrechtstauglichkeit herzustellen. Dagegen wetterte die SVP wegen «Missachtung des Volkswillens» mit Kampagnen gegen die «Classe politique» und fremde Richter, stets Nahrung für die nächsten Wahlen. Mit der jetzigen Initiative geht sie nun einen Schritt weiter und nimmt den Bruch mit der Konvention in Kauf. Denn das sind die Forderungen:

- Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht. Ausnahme ist das zwingende Völkerrecht.
- Bund und Kantone dürfen keine völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehen, welche der Bundesverfassung widersprechen.

### Neue Taktik

Einst ist der Werbeauftritt der SVP im Abstimmungskampf grenzenlos polemisch und diskriminierend gewesen. Legendär sind die schwarzen Schafe. Neuerdings wechselt die Partei auf brav und bieder. Sympathische Leute werben auf den Plakaten für Selbstbestimmung und Demokratie. Doch Vorsicht, denn dahinter versteckt sich der Wolf im Schafpelz. Die Initiative ist enorm gefährlich. Die einzige links ausgerichtete Wochenzeitung der Schweiz nennt sie denn auch Menschenrechts – Abschaffungsinitiative. Eine Annahme der Initiative würde Raum schaffen für neue menschenverachtende Initiativen zur Änderung der Bundesverfassung. Klägern stände Strassburg als letzte Instanz nicht mehr zur Verfügung, das Bundesgericht würde in Menschenrechtsfragen geschwächt. Es drohte als Konsequenz die Kündigung der Konvention, und das wäre eine Schande für unser Land. Das ist mit einem klaren Nein, hinter dem eine breite Öffentlichkeit steht, zu vermeiden. Und jetzt der Schluss: Das Powerplay der SVP geht weiter, Schlag auf Schlag, denn es folgt die Anti-EU-Personenfreizügigkeitsinitiative, wohl nächstes Jahr, vor den nächsten Parlamentswahlen.

Martin Jäggi



Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden 2018–2020

## Ja zum Asylsozialhilfe-Kredit

Die Stimmberechtigten des Kantons Bern haben 2017 einen Kredit von 105 Millionen für die Asylsozialhilfe abgelehnt. Darum hat man alternative Unterbringungs- und Betreuungskonzepte für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) geprüft.

Seit 2012 stellt der Kanton Bern das Kindeswohl von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden mit einem neuen, wegweisenden Betreuungsmodell sicher. Die schweizerische Berufsbildung ermöglicht Jugendlichen berufliche Laufbahnen und Integrationschancen. Die Jugendlichen bilden sich aus, entwickeln Berufsperspektiven und lösen sich von der Sozialhilfe. Unsere Wirtschaft und Gesellschaft profitieren davon auf vielfältige Weise. Umso mehr lohnen sich umfassende Betreuungsmassnahmen, die den Weg unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender zur Berufsbildung ebnen. Damit Wirtschaft und Gesellschaft im Kanton Bern weiterhin vom Potenzial dieser Jugendlichen profitieren können, braucht es Ihre Stimme.

Kostengünstigeres Modell

Mit dem vorgeschlagenen Kredit von insgesamt

38 Millionen Franken finanziert der Kanton Bern die durch den Bund nicht gedeckten Kosten für die Unterbringung und Betreuung der UMA. Der Regierungsrat und der Grosse Rat haben sich dabei für ein neues, kostengünstigeres Modell mit tieferen Tagespauschalen entschieden. Dieses Modell trägt dem in der Bundesverfassung verankerten Schutz der Kinder und Jugendlichen weiterhin Rechnung. Dazu gehört, dass die Mädchen und Knaben unter 18 Jahren wie bis anhin grundsätzlich nicht in den Erwachsenenstrukturen untergebracht, sondern in besonderen Unterkünften betreut werden. So sollen beispielsweise Übergriffe und Missbräuche vermieden und den Kindern und Jugendlichen eine altersgerechte Tagesstruktur gewährt werden.

Beträchtlich tiefere Tagespauschalen

Der Kredit soll die Kosten für die Unterbringung und Betreuung von durchschnittlich 370 UMA bis Ende 2020 decken. Das neue Konzept sieht tiefere Tagespauschalen für die Betreuung der UMA vor. Konkret senkt der Kanton die Tagespauschale von 171 auf 140 Franken pro Tag. Damit können gesetzliche Mindeststandards eingehalten und

EIDG. VOLKSABSTIMMUNG VOM 25. NOVEMBER 2018

Änderung Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsgesetzes (ATSG)

## Nein zur Überwachung von Versicherten!

Das schweizerische Bundesgericht kritisierte die unzureichenden gesetzlichen Grundlagen zu Überwachungsmaßnahmen durch Versicherungen. Dies nahm das bürgerlich geprägte Parlament als Anlass, innert kürzester Zeit einen Gesetzesentwurf durchzuboxen, der die gesetzliche Grundlage für die Einsetzung von Versicherungsspionen ermöglichen soll.

Unverhältnismässige Verletzung der Privatsphäre

Dieser Gesetzesentwurf geht so weit, dass Versicherungen in Zukunft mehr Möglichkeiten zur Überwachung haben sollen, als die Polizei bei der Verfolgung von Kriminellen verfügt. Denn mit dem neuen Gesetz können Versicherte in Verdachtsfällen mit Bild- und Tonaufnahmen überwacht werden. Faktisch bedeutet dies die Möglichkeit zur permanenten Verfolgung in öffentlichen Räumen bis hin zum Abhören privater Telefongespräche. Doch nicht nur das: Auch die Überwachung von privaten Räumen soll in Zukunft erlaubt sein. Versicherungsdetektive, die tagelang oftmals willkürlich beschuldigte Versicherte verfolgen, gehören mit dem neuen Gesetz somit zur Tagesordnung. Zudem soll ihnen gestattet sein, den Versicherten mit Drohnen und GPS-Geräten nachzuspionieren. Alle diese neuen Massnahmen verletzen die Privatsphäre in unvorstellbarem Ausmass. Eine solche Verletzung aufgrund von vielfach willkürlich aufkommenden Beschuldigungen stehen in keinem Verhältnis zu möglichen Leistungseinsparungen von Versicherungen.

Mit Kanonen auf Spatzen geschossen

Das Ziel der Änderung soll es sein, Versicherungs-

leistungen einzusparen. Doch die Spareffekte, die durch die Gesetzesänderung auftreten würden, wären – wenn sie denn überhaupt eintreten –, äusserst gering. Denn nicht bloss die Verletzung der Privatsphäre steht in keinem Verhältnis zu möglichen Einsparungen. Eine Reduktion der ausbezahlten Leistungen rechtfertigt die äusserst hohen finanziellen Aufwendungen für Versicherungsspione und die technischen Hilfsmittel keinesfalls. Die Änderung der Gesetzesgrundlage dient vielmehr als Vorreiterrolle für weitere Einschränkungen der Privatsphäre und öffnet der totalen Überwachung Tür und Tor.

Konsequenterer Verfolgung von Steuerbetrüger

BezügerInnen von Leistungen aus Sozialversicherungen leben nicht selten unter prekären Bedingungen. Die Leistungen reichen in den allermeisten Fällen gerade einmal aus, um die lebensnotwendigen Auslagen zu finanzieren. Ein Leben in Saus und Braus kann man sich mit Leistungen aus Sozialversicherungen nicht finanzieren. Entsprechend stossend ist es, wenn Versicherte nun unter Generalverdacht gestellt werden und die bürgerliche Parlamentsmehrheit versucht, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Versicherten weiter zu prekarisieren, während man Steuerbetrüger einfach gewähren lässt. Wünschenswert wäre es, wenn mit derselben Energie Steuerbetrüger verfolgt würden – die mit ihren Steuertricks einen wesentlich höheren finanziellen Schaden anrichten – wie man nun versucht, vermeintliche Sozialbetrüger zu verfolgen.

Stefan Wüthrich  
Gewerkschaft Unia

Bildungsangebote für eine gelingende Integration noch immer angeboten werden. Für Jugendliche, die 17 Jahre alt sind und die bereits über die nötigen Kompetenzen für ein mehrheitlich selbstständiges Leben verfügen, wird die Pauschale sogar auf 80 Franken pro Tag gesenkt. Ab dem Erreichen der Volljährigkeit mit dem 18. Geburtstag gilt wie bisher der Erwachsenentarif von 36.50 Franken pro Tag.

Verantwortung übernehmen

Der Grosse Rat hat den Kredit für die Unterbringung und Betreuung der UMA mit 100 Ja zu 47 Nein deutlich genehmigt. Einzig die SVP, welche die Probleme lieber bewirtschaftet statt löst, hat auch gegen diesen Kredit das Referendum ergriffen. Solange die Schweiz jedoch Waffen in Kriegsgebiete exportiert und Rohstoffe aus ebendiesen Ländern importiert, ist sie mitverantwortlich für die Flüchtlingsströme.

Eine kindergerechte Betreuung der UMA ist das Mindeste, was wir tun können. Deshalb JA zum Asylsozialhilfekredit!

Niklaus Müller

www.ja-integrationdankberuf.ch

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 25. NOVEMBER 2018

Änderung des Steuergesetzes

## Keine Steuergeschenke für Grossunternehmen

Am 25. November stimmen wir darüber ab, ob Unternehmen im Kanton weniger Steuern zahlen sollen. Das entsprechende Gesetz kam im Grossen Rat durch. Ein Komitee aus verschiedenen Parteien, Gewerkschaften und Verbänden ergriff gegen dieses Gesetz das Referendum. Denn diese Steuersenkungen sind für den Kanton Bern gefährlich.

Die Steuern für Unternehmen sollen im Kanton Bern sinken, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im interkantonalen Vergleich zu verbessern. Tönt gut, ist aber gefährlich und ungerecht. Warum? Steuern finanzieren den Service public. Ohne Service public sind viele Dienstleistungen für viele Menschen unerschwinglich. Gute Schulen und gute Gesundheitsversorgung können sich nur reiche Menschen privat leisten. Auch Unternehmen profitieren vom Service public: gute Ausbildungsstätten für MitarbeiterInnen, eine gute Infrastruktur und die Rechtssicherheit gehören dazu. Ihr Anteil an den Steuern beträgt nur zehn Prozent. Nun soll dieser Anteil noch einmal sinken.

Wer hat, dem wird gegeben.

Allerdings profitieren nicht alle Unternehmen von dieser Steuersenkung. Für viele kleine und mittlere Unternehmen wird sich nichts ändern. Sie machen keine grossen Gewinne und müssen deshalb auch kaum Steuern zahlen. Das sind immerhin 85 Prozent aller Unternehmen im Kanton Bern. Anders sieht es für grosse Unternehmen aus, die teilweise weltweit tätig



sind. Weil sie grosse Gewinne machen, sind die Steuersenkungen beachtlich – ihr Anteil an den Kosten für die Benutzung öffentlicher Angebote sinkt weiter. Und was machen sie mit zusätzlichen Mitteln? Investieren? Kaum. Viele Unternehmen haben die Investitionen in den letzten Jahren zurückgefahren. Man ist nicht mehr bereit, viel Geld in die Entwicklung eigener Produkte zu stecken, wie dies in der Vergangenheit oftmals der Fall war. Nahelegend ist vielmehr, dass zusätzliche Steuergeschenke als zusätzliche Auszahlungen an die BesitzerInnen fliessen nach dem Motto: Wer hat, dem wird gegeben. Das wollen wir nicht. Zumal diese Steuersenkung nicht durch zusätzliche Einnahmen ausgeglichen wird.

Langnau würden 220'000 Franken fehlen

160 Mio. Franken werden dem Kanton (100 Mio. Franken) und den Gemeinden (60 Mio. Franken) jährlich fehlen. Alleine in der Gemeinde Langnau würde das Finanzloch rund 220'000 Franken betragen. Das ist Geld, das für öffentliche Aufgaben fehlt. Mit Sparmassnahmen wird dieses Loch soweit wie möglich gestopft und wie immer sind davon drei Bereiche besonders stark betroffen: die Bildung, die Gesundheit, das Soziale. Das sind jene Bereiche, in der viele Menschen mit kleinem Einkommen unterstützt werden. Zuletzt traf es zum Beispiel alte Menschen und Menschen mit Behinderungen. Wir wissen noch nicht, wie die Sparmassnahmen konkret aussehen, aber sie werden kommen wie das

Amen in der Kirche. Auf Gemeindeebene können diese Ausfälle womöglich nicht mit diesen Sparmassnahmen kompensiert werden. Eine Erhöhung der Steuern für natürliche Personen wäre die Folge. Jede Steuersenkung ist zudem eine Drehung am interkantonalen Steuerwettbewerb. Der Kanton Luzern hat kürzlich aus diesem Grund die Steuer so stark gesenkt, dass er nicht mehr in der Lage war, seine Lehrkräfte zu bezahlen und eine zusätzliche Ferienwoche einführen musste.

Verschärfung der Gegensätze zwischen reich und arm

Die Folgen einer Steuersenkung sind happig. Sie führen nicht nur zu fehlenden öffentlichen Mitteln sondern auch zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen reich und arm sowie Stadt und Land. Die Schweiz und der Kanton Bern konnten in den letzten Jahrzehnten immer einen gewissen Ausgleich zwischen diesen Gegensätzen herstellen und so den sozialen Frieden sichern. Daran sollten wir unbedingt festhalten. Deshalb NEIN zu den unfairen Steuergeschenken für (einige grosse) Unternehmen.

Stefan Wüthrich  
Gewerkschaft Unia



His Master's Noise

Sonne bringt Wonne: Was für ein Sommer! Selten waren Europas Menschen so fröhlich unterwegs. Nix verpassen! Festen statt fasten, Grillen statt Grollen, Reisen statt Ergreifen, und auch mal Baden kann nicht schaden. Am besten dort, wo's noch Wasser hat. Na gut, viele Menschen können sich das leisten. Die Wirtschaft brummt. Vollbeschäftigung. Die Kasse klingelt, doch Zinsen gibt es keine. Also baut sich jeder seine Hütte. Dazu den Wintergarten und die zweite Garage. Nur wenn wir ausnahmsweise nüchtern sind, sehen wir kurz das

## Der Mann von der Strasse

Gewitter, das sich gerade zusammenbraut. Dabei wird das Weltklima mit jedem Tag frostiger. Und damit meine ich: das politische Klima. Und damit meine ich: mit jeder Wahl. Immer mehr Völker auf dem Globus müssen sich warm anziehen. Es sind die grossen Völker. Denn der Mann von der Strasse, er wählt nur noch grosse Männer. Der Obertrumpeter der Blauröcke ist gross und gewählt und bläst zum Angriff. Es tönt schrill und falsch, aber der Mann von der Strasse versteht die Botschaft: «Dir geht es bald wieder so dreckig wie früher». – «Die anderen wollen dir an die Wäsche». – «Wenn du dich nicht wehrst, gehst du unter.» – «Hoch lebe die Nation! Unsere Nation.» – «Und wenn's nötig ist: Schiess los!»

Wohin das Auge reicht: Es regiert der Mann von der Strasse. Der Pole zieht die Pistole und wählt den Patrioten Duda. Der Türke wählt im Wahn den Sultan Erdogan. Und dem Russen hauchen die Häcker der Yankees ein: «Put in!» Der Ossi nennt Merkel ein Ferkel und setzt Pflöcke mit Björn Höcke. Und der Brasilianer wählt den Faschisten Bolsonaro, der ihm glaubhaft versichert, dass er seine Frau niemals vergewaltigen würde, zumal sie ja hässlich sei. Der Italiener will wieder Lira, wählt Lega und dürfte schon bald die Sterne sehen. Denn die grossen Männer, diese testosterongeschwängerten Hornochsen, können es leider nur mit sich selber. Lieber einsam als gemeinsam. Da kommt zum Beispiel der grosse Chinese und kauft sich halb Afrika. Imperialismus in Reinkultur. Da landet zum Beispiel der Saudi und macht sich ein Gaudi, dem Sultan am Bosphorus in den Napf zu spucken. Aber Kashoggi geht nicht nur groggy, er ist tot. Zu Tode gefoltert und zersägt. Tot war damals auch Erzherzog Franz Ferdinand, der Thronfolger von Österreich-Ungarn. Es war der 28. Juni 1914, als er in Sarajewo erschossen wurde. In Europa herrschte eine Zeit des Wohlstands und des Aufbruchs. Die Männer von der Strasse glaubten an die Stärke ihrer Nation. Sie hielten alles für möglich, sogar einen Sieg. Sogar in einem grossen Krieg. Es war ein warmer Sommer. Mich friert.

Andreas Aebi

## Bauarbeiter sind kampfbereit

Im Baugewerbe läuft Ende dieses Jahres der für die ganze Schweiz gültige Gesamtarbeitsvertrag für das Baugewerbe – der sogenannte Landesmantelvertrag (LMV) – aus. Der LMV regelt die Arbeitsbedingungen für gut 80'000 Bauarbeiter und schützt diese vor Lohndumping, ausufernden Arbeitszeiten und gesundheitsgefährdeten Arbeitsmethoden. Die Baumeister wiederum profitieren von geregelten Beziehungen zu den Arbeitnehmenden und den Sozialpartnern und insbesondere auch von einem Schutz gegenüber der günstigeren Konkurrenz aus dem Ausland.

### Schwierige Verhandlungen

Mitten in den Verhandlungen zum neuen LMV stellen die Baumeister nun realitätsfremde Forderungen wie eine Abschaffung von Mindestlöhnen für Praktikanten. Zudem fordern sie eine massive Erhöhung der Überstundenregelung und der Möglichkeit von bis zu 100 Minusstunden.

Für ältere Bauarbeiter sollen die garantierten Mindestlöhne nicht mehr gelten. Die Bauarbeiter akzeptieren diese Forderungen nicht und sind in verschiedenen Städten in der

Schweiz bereits auf die Strasse gegangen. Auch bei uns im Kanton Bern!

### Baumeister greifen Gesundheit der Bauarbeiter an

Mit ihrer Forderung zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten wollen die Baumeister faktisch die 12 Stunden-Arbeitstage zur Normalität erklären. Auf Dauer schaden solch lange und äusserst anstrengende Arbeitstage der Gesundheit der Bauarbeiter. Unfälle, Krankheit und Invalidität sind die Folgen davon. Denn schon heute ist es für Bauarbeiter nicht mehr selbstverständlich, bis zum 60. Altersjahr auf der Baustelle zu arbeiten. Eine weitere Erhöhung der Arbeitszeit hätte eine nicht akzeptable Mehrbelastung der Bauarbeiter zur Folge.

### Billige Arbeitskräfte für ausländische Firmen

Eine weitere Forderung des Baumeisterverbandes sorgt bei den Bauarbeitern für rote Köpfe: Praktikanten von ausländischen Bau-Firmen sollen bis vier Monate lang vom Mindestlohn ausgenommen sein. Dadurch wird Lohndumping auf den Schweizer Baustellen

massiv begünstigt. Dies würde einen grossen Druck auf die Löhne der Bauarbeiter ausüben und zugleich kleinere Bauunternehmungen in Bedrängnis bringen. Denn einheimische Firmen hätten gegenüber der ausländischen Konkurrenz einen klaren Wettbewerbsnachteil.

### Bauarbeiter gehen auf die Strasse

Für die Bauarbeiter ist klar, dass diese Forderungen einen Angriff auf ihre Würde darstellen und so nicht akzeptiert werden kann. Sie fordern ihrerseits endlich eine anständige Lohnerhöhung und eine Weiterführung der Rente mit 60 Jahren. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben sich Tausende Bauarbeiter in Genf, Bellinzona, Zürich und in Bern zu erfolgreichen Protesttagen getroffen. Bis zur Drucklegung liegt noch kein Verhandlungsergebnis vor und es liegt nun an den Baumeistern, die Stimmen derjenigen zu hören, die tagtäglich auf den Baustellen die harten Arbeiten verrichten.

Stefan Wüthrich  
Gewerkschaft Unia

## Die zweite Spezialklasse

den 24. Februar 1929 angesetzt wurde, nicht zustande kam.

### Pro und contra

Der Andrang zu einer öffentlichen Orientierung widerspiegelte das breite Interesse. An die 150 Personen fanden sich am 29. Januar im Hirschsensaal ein. Die Pro-Seite vertrat in erster Linie Oberlehrer Liechti. Vorerst kritisierte er, dass das Geschäft bei den Diskussionen zu einer Lehrerfrage ausgeartet sei. Dann wies er hauptsächlich auf einen Wandel in der Pädagogik hin. Mit dem Übergang von der einstigen «Lernschule» zur «Arbeitsschule» seien die Anforderungen an die Schüler gestiegen. Es gehe nicht mehr ums blosses Auswendiglernen, sondern auch ums Begreifen, und dem könnten die schwächeren Schüler nicht mehr genügen. Ihnen sei darum in der Spezialklasse besser gedient. Ernst Bigler vertrat die Gegenseite. Er wies vorerst auf die vorgesehene Schliessung der Mittelschule Kammershaus hin und unterstellte den Behörden, dass für den zukünftig stellenlosen Lehrer eine neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden soll. Weiter sagte er, dass es befremde, wenn bei

sinkenden Gesamtschülerzahlen von einer Zunahme bei den Schwächsten die Rede sei.

### Pro und contra bei der Arbeiterunion

Das einzige zu behandelnde Thema an der Sitzung vom Sonntag, dem 10. Februar, lautete: «Wie stellt sich die Arbeiterunion zur Errichtung einer 2. Hilfsklasse für Schwachbegabte?». Es meldeten sich vor allem Befürworter zu Wort. Otto Lüthi und Emil Ryser, die beiden Mitglieder der Schulkommission, äusseren sich zustimmend, der Drogist Arnold Holzer beklagte die schwierigen Verhältnisse in der gegenwärtig zu grossen Klasse, und Babette Röthlisberger wies auf den Wert einer guten Ausbildung für die Schwächeren hin. Andererseits befürchtete Fritz Aeschlimann, dass vor allem Arbeiterkinder einer neuen Klasse zugewiesen würden. 452 Stimmberechtigte, eine Rekordzahl, nahmen an der Gemeindeversammlung teil. Nach Präsentation und Diskussion wurde geheim abgestimmt. Mit 103 zu 344 wurde die Einführung einer zweiten Spezialklasse wuchtig verworfen.

Martin Jäggi

## Gemeindepolitik aktiver gestalten

Der Vorstand und die Fraktion der SP Region Langnau haben sich in den letzten Monaten intensiv Gedanken über die neue Ausgangslage gemacht. Während 24 Jahren hatte die SP das Gemeindepräsidium inne und damit eine besondere Stellung. Der Umgang mit dieser Situation war für die Fraktion und den Vorstand nicht immer ganz einfach zu handhaben und führte zu gewissen «Bisshemmungen». An einer Retraite hat die Fraktion ihre Ziele für die laufende Legislaturperiode festgelegt. Parallel dazu hat sich der Vorstand mit seinen Strukturen beschäftigt. Das Ziel ist, sich noch aktiver in aktuelle Gemeindegeschäfte einzubringen. Dazu hat der Vorstand neben den normalen Ressorts (wie Finanzen, Gewerkschaften, Senioren etc.) neu Ausschüsse geschaffen, welche sich thematisch an den Ressorts des Gemeinderates orientieren. Jeder Ausschuss besteht aus einem Vorstandsmitglied, welches den «Lead» hat. Pro Ausschuss

kommt mindestens ein Mitglied der GGR-Fraktion dazu sowie ein Kommissionsmitglied oder interessiertes SP-Parteimitglied. Diese Ausschüsse erarbeiten in einem ersten Schritt Stellungnahmen zu Vernehmlassungen (z.B. kommunale Planungen und Gemeindefestlegungen). Die Entwürfe der Stellungnahmen werden anschliessend vom Vorstand beraten und verabschiedet. Die Fraktionsmitglieder haben auch die Möglichkeit, Vorstösse dem Ausschuss vorzulegen. Jährlich ein- oder zweimal treffen sich Vorstand und Fraktion zu einem Austausch auf «strategischer Ebene». Dabei sollten grundsätzliche Fragestellungen diskutiert und Stossrichtungen bzw. thematische Schwerpunkte besprochen werden. Die SP Region Langnau will dadurch ihr Profil schärfen und sich weiterhin pointiert in der Langnauer Gemeindepolitik einbringen.

Der Vorstand

### links i.E. – Danke für Ihr Abo!

Für Ihre Überweisung eines grosszügigen Gönner- und Abonnementsbeitrages mit dem beigelegten Einzahlungsschein auf das PC 30-27704-1 danken wir von Herzen. (Wenn Sie per Bankauftrag oder E-Banking bezahlen, entstehen uns keine zusätzlichen Spesen.)

## Max Urech-Leuenberger

17. August 1933-21. September 2018

Wir trauern um Max Urech, einen ehemals äusserst aktiven Gewerkschafter und Sozialdemokraten, der die Geschichte der Emmentaler Arbeiterbewegung massgeblich mitgeprägt hat.

Max war insgesamt 9 Jahre Mitglied des GGR Langnau und engagierte sich in der Bau- und Schulkommission. Viele Jahre war er im SP-Vorstand und im März 1995 übergab der damals 62-Jährige das Amt des Sektionspräsidenten der GBI (Gewerkschaft Bau- und Industrie) Sektion Langnau nach 30 Jahren in jüngere Hände. Er fühlte sich verantwortlich im Kaninchenzüchter-Verein und bei den Arbeiterschützen. Mit Begeisterung übernahm er viele Rollen in diversen Theaterstücken. «Meine Kinder sind praktisch ohne mich aufgewachsen», soll er einmal gesagt haben. Im Alter kämpfte er mit den Folgen eines Autounfalls und verschiedenen schweren Krankheiten. Nach dem Tod seiner treusorgenden Frau Trudi 2015 wechselte er in die Lebensart Bärnu, wo er sich trotz grosser Seh- und Hörschwäche über jeden Besuch freute. Max Urech bleibt als ein arbeitsamer vielseitig interessierter Mann in Erinnerung. Wir werden dem treuen und engagierten Sozialdemokraten ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand SP Langnau

**Pfifanter**

Bernstrasse 6, 3550 Langnau  
Tel./Fax 034 402 51 72  
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

**Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe**

**Unia Region Oberaargau-Emmental:**  
Mühlegässli 1, 3550 Langnau i.E.  
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch

**Gemeinsam erreichen wir mehr.**  
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

**The best things in life aren't things.**  
Art Buchwald

**Abakadabra Treuhand**

RENATO GIACOMETTI  
Treuhand mit eidg. FA  
Hühnerbach 221 3550 Langnau  
Tel. 034 497 32 61  
mail@abakadabra-treuhand.ch

**malerei**

Hanspeter Haldemann  
Obermatt 408 • 3550 Langnau  
Tel. 034 402 51 23

**SAH Bern ETCETERA**  
Soziale Arbeitsvermittlung

**Wir unterstützen Sie!**  
Hilfe im Haus, Garten, bei Umzügen und Dienstleistungen aller Art

**Kontaktieren Sie uns**  
034 402 73 82  
etcetera.langnau@sah-be.ch  
www.etcetera.sah-be.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH  
**SAH BERN**  
Euvre suisse d'entraide ouvrière OSEO  
Soccorso operaio svizzero SOS

**BETTENHAUS Lehmann**  
FÜR GESUNDES SCHLAFEN

ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39  
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH  
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN

**BETTEN VORHÄNGE** **SCHRÄNKE BODENBELÄGE**

**-N-ä-h-a-t-e-l-i-e-r-**  
Barbara Egger - Dorfstrasse 4 - 3550 Langnau

**Ich nähe Neues und ändere Altes:**  
Textilien für die Inneneinrichtung,  
Damen- und Herrenkleider

Öffnungszeiten:  
Dienstag-Freitag 9.30-11.30  
Telefon 034 402 31 09

**links i.E.**

Die Stimme der SP Langnau und der Gewerkschaften ertönt vierteljährlich und kann gratis abonniert werden.

links i.e., Postfach 569, 3550 Langnau

Kleiner Gemeinderat

Niklaus Müller Oberstrasse 34 3550 Langnau Tel. 034 402 18 77 mueller.niklaus@bluewin.ch Kultur, Standortmarket., Tourismus	Susanne Kölbl (parteilos) Dorfberg 554 3550 Langnau Tel. 034 402 73 00 susanne.koelbli@dorfberg.ch Sozialwesen, Kinder und Jugend	Renate Strahm Mooseggstrasse 8 3550 Langnau 034 402 52 91 renate.strahm@gmx.ch Bildung
--	--	---

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon

Mail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agatha Aschwanden	GPK, Finanzkommission	034 402 74 02	agatha.aschwanden@dorfberg.ch
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Rachel Hasler		034 402 33 76	rachelhasler@bluewin.ch
Martin Lehmann	Geschäftsprüfungskomm.	079 476 05 66	mlk@sunrise.ch
Christian Oswald		079 703 93 83	christianoswald@hotmail.com
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger		034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi	GGR-Präsident	034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Stefanie Strahm	SP Fraktionsleitung		stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Gremium

Telefon

Mail

Bernhard Antener		034 402 22 68	bernhard@anteners.ch
Ruth Antener	Kassierin, SeniorInnen	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Florian Haldemann	Sekretär	079 485 58 90	florian.haldemann@unia.ch
Madeleine Holderried	Vertr. Lauperswil/Rüderswil	033 221 16 86	m.holderried@gmx.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger		034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Stefanie Strahm	Verbindung GGR		stefanie.strahm@gmx.ch
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau-Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch
--------------------------	---------------	---------------	-----------------

Impressum

**SP/links i.E.**

Mühlegässli 1, 3550 Langnau  
Die Stimme der SP Langnau und der Gewerkschaften ertönt vierteljährlich.

Redaktion: Bernhard Antener, Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung:  
Hanspeter Buholzer

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

**TERMINE**

So 25.11.		Eidg. und kantonale Abstimmungen
Do 29.11.	19 Uhr	Parteitag SP-Regionalverband Emmental
Sa./So. 1./2.12.		Parteitag SPS in Brugg (AG)
Mo 3.12.	19.30 Uhr	Sitzung SP-GGR-Fraktion
Mo 10.12.	14 Uhr	GGR-Sitzung
Do 13.12.	19.30 Uhr	Sitzung Vorstand SP Region Langnau

**WIR GRATULIEREN**

- 28. November** *Widmer Walter (91)*  
**3. Dezember** *Ramseier Hansruedi (79)*  
**13. Januar 19** *Zürcher Alfred (85)*

Unseren Jubilaren gratulieren wir recht herzlich zum Geburtstag und wünschen Euch allen gute Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Vorstand SP Langnau

**PAROLEN** Abstimmung vom 25. November 2018

Bund

Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»

**JA**

Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»

**NEIN**

Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

**NEIN**

Kanton

Änderung des Steuergesetzes

**NEIN**

Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden 2018-2020

**JA**

